



**An den Bundesminister des Auswärtigen
Dr. Johann David Wadephul
Werderscher Mark 1
10117 Berlin**

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 499 06-0
Fax: +49 551 580 28
E-Mail: info@gfbv.de
www.gfbv.de

Göttingen, 18.07.2025

Menschenrechtsorganisation
mit beratendem Status bei den
UN und mitwirkendem Status
beim Europarat

Lage der Drusen in Syrien – Sofortige humanitäre Hilfe gefordert

Sehr geehrter Herr Minister,

angesichts der andauernden Angriffe des neuen islamistischen Regimes in Syrien auf die drusische Bevölkerung in der südsyrischen Provinz al-Suwaida sowie Aufrufe radikalislamistischer Gruppen zum Boykott der Drusen in Syrien fordert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die deutsche Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Zufahrtsstraßen von Damaskus und anderen Regionen Syriens zum Drusengebiet im Süden des Landes für die Lieferung von Lebensmitteln, Trinkwasser, Medikamenten und Treibstoff geöffnet und geschützt werden.

Es muss sichergestellt werden, dass die hunderttausenden Drusen im Süden Syriens die gleichen Kommunikationswege wie der Rest des Landes nutzen können. Drusische Händler, Studierende und andere Reisende müssen auf den Zufahrtsstraßen in die von ihnen bewohnten Provinzen sicher vor Überfällen, Entführungen und Ermordung reisen können. Ohne sichere Zufahrtsstraßen und Grenzübergänge droht hunderttausenden Menschen der Hungertod.

Das islamistische Regime in Damaskus, das von Deutschland, anderen EU-Ländern und den USA als Regierung anerkannt wurde, ist nicht bereit oder nicht fähig, einen freien und sicheren Zugang zum Drusengebiet herzustellen. Darum muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass ein humanitärer Grenzübergang nach Jordanien eingerichtet wird. Die GfbV hat bereits am 9. Juli 2025 in einem Schreiben an die jordanische Regierung appelliert, bei der Eröffnung eines solchen Grenzübergangs zu helfen.

Wenn die Regierung in Jordanien und das Regime in Damaskus die Eröffnung eines solchen humanitären Grenzübergangs ablehnen sollten, muss sich Deutschland dafür einsetzen, dass eine Luftbrücke zwischen Israel und der Drusenprovinz eingerichtet wird. Im Drusengebiet gibt es mehrere zivile Flugplätze und ehemalige Militärflughäfen, wie beispielsweise in al-Thaala, Khalkhala oder al-Kafir, die für humanitäre Hilfe genutzt werden können.

Deutschland muss sich außerdem dafür einsetzen, dass das islamistische Regime jegliche anderen gewaltsamen Handlungen, wie sie in den letzten Tagen gegen Drusen begangen wurden, unterlässt. Dem Regime in Damaskus muss untersagt werden, Panzer, Artillerie, Raketenwerfer oder Drohnen gegen die eigene Bevölkerung einsetzen – insbesondere nicht gegen ethnische und religiöse Minderheiten. Alle Konflikte mit Teilen der Bevölkerung, wie den Drusen, Kurden, Aramäern/Assyrern, Christen, Yeziden und Ismaeliten, können und müssen ausschließlich friedlich durch Verhandlungen gelöst werden.

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN

Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17
BIC: NOLADE21GOE

Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister
des Amtsgerichts Göttingen
Vereinsregister Nr. 1804



geprüft & zertifiziert

Es muss schnellstmöglich eine neue, eine wirkliche Übergangsregierung mit Beteiligung der Drusen, Kurden, Alawiten und anderer Minderheiten gebildet werden. Nur eine solche Regierung kann die Einheit des Landes auf den Prinzipien des Föderalismus und der Selbstverwaltung der Provinzen wiederherstellen.

Nach den genozidalen Angriffen auf die Alawiten im Westen und die Drusen im Süden Syriens haben die Minderheiten im Land jegliches Vertrauen in das Regime verloren. Es besteht aus radikalen Islamisten, die noch vor einem Jahr zu Recht als Terroristen verfolgt wurden. Die Regierungen in Deutschland, der EU und der NATO haben dazu beigetragen, dass diese kriminellen Banden in Damaskus die Macht übernehmen konnten. Durch Ihre diplomatische Anerkennung geben Sie diesen Banden freie Hand, ihre eigene Bevölkerung zu massakrieren. Aufgrund der Anerkennung tragen Deutschland, die EU und die NATO eine besondere Verantwortung, die Minderheiten in Syrien vor den Angriffen des blutigen islamistischen Regimes zu schützen. Jegliche Zusammenarbeit mit dem Regime und Zugeständnis an Damaskus müssen davon abhängig gemacht werden, dass die Rechte aller Volksgruppen in Syrien garantiert und alle Angriffe auf Minderheiten eingestellt werden.

Als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, als Mitglied einer demokratischen Regierung, die die Achtung der Menschen in ihren Koalitionsvertrag geschrieben hat sowie als Mitglied einer Partei, die das Christliche im Namen trägt, appelliere ich an Sie, die Minderheiten in Syrien nicht ihrem Schicksal zu überlassen. Wenn Sie nicht handeln, wird das Regime die Drusen unterwerfen, aushungern, dezimieren und in die Flucht treiben. Dann wird es sich um die nächste Minderheit kümmern. Bitte helfen Sie, diese Kaskade der ethnischen Säuberung zu stoppen.

Ich bedanke mich im Voraus für Ihre Anstrengungen in dieser Sache. Bitte halten Sie mich darüber auf dem Laufenden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kamal Sido,
Referent für ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten

Fon +49 (0) 551 49906-18, Handy: 0173 67 33 980
K.Sido@gfbv.de